

Einmal wöch. Bezugspreis für Nordr. 3,00 M. einchl. Postgebühren. Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 20 Z., 2. Spalte 15 Z., 3. Spalte 10 Z. Die 1. Spalte 20 Z., 2. Spalte 15 Z., 3. Spalte 10 Z. bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Postzuschlag. Einzel-Nr. 10 Z., Sonntags-Nr. 15 Z. Geschäfts-Teil: Friedrich Kiefer in Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unentf. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verfehene Manuskripte wer. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftl.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Polizisten
Umarbeitung
Reparatur
Aufbewahrung
A. Vonier
Dresden
Strehleer Str. 8
Ruf 48477

Verantwortl. Red. A. von der Vöhring: Postamt-Direktor: G. H. L. Schönbach: J. Schönbach: 11. November 1926. Verlagsort: Dresden 1477. Verleger: Friedrich Kiefer, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden, Mittelstr. 17, Sonntag 1911
und 1912.

TAPETEN



F. SCHADE & CO.
Dresden, Waisenhausstraße 10, gegenüber Kaffeehaus



LINOLEUM

Agitation oder Staatsbewußtsein

Gründlicher Reinsfall der Agitationsparteien

Aus dem Reichstag wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben:

Der vergangene Montag war für den Reichstag ein geradezu beschämender Tag. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß gewisse Parteien die Agitation höher stellen als das Staatsbewußtsein, daß es ihnen nur darauf ankommt, für ihre Partei möglichst viel herauszuschlagen, um andere Parteien durch den Hinweis auf das, was sie verlangen aber nicht bekommen haben, zu verkehren, während sie selber gar nicht daran denken, die verantwortlichen Folgen aus einer derartigen Haltung zu ziehen.

Die Not der Erwerbslosen ist gewiß groß. Sie schreit vielfach zum Himmel. Seit Wochen hat der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages sich bemüht, eine brauchbare Lösung der Erwerbslosenfrage zu finden. Nach langen und eingehenden Verhandlungen ist für die Hauptunterstützungsempfänger eine Unterstützungserhöhung von 10 Prozent, für die ledigen, nicht einem Haushalte angehörigen Erwerbslosen, eine solche von 15 Prozent beschloffen worden.

Weiterhin wurde das vierte Kind zuschlagsberechtigt erklärt. Andere Verbesserungen bezogen sich auf die Neuregelung der Bedürftigkeitsprüfung, die finanzielle Regelung der sogenannten ausgesetzten Erwerbslosen, das heißt, solcher Personen, die 52 Wochen lang schon Erwerbslosenunterstützung bezogen haben. Die Regierungsparteien vereinbarten mit der Reichsregierung für diese Personen die Einführung einer sogenannten Krisenversicherung. Ihr zufolge sollte das Reich 75 Prozent zu den Unterstützungsleistungen an die ausgesetzten Erwerbslosen beitragen, die Länder 25 Prozent.

Ein Antrag der Abgeordneten Andre (Zentrum) und Genossen ging dahin, daß leistungsschwache Gemeinden durch Beiträge der Länder unterstützt werden sollten. Der Antrag wurde auch vom Finanzminister wärmstens befürwortet. Die Mehrkosten der 10prozentigen bzw. 15prozentigen Erhöhung und die Herabnahme des vierten Kindes in den Kreis der Unterstützungsberechtigten sollte das Reich allein tragen. Der Finanzminister stellte in Aussicht, daß den Ländern hierfür Pauschalbeträge zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese wichtige Regelung stellte eine wesentliche Verbesserung der Lage der Erwerbslosen dar.

Die Kommunisten wollten sämtliche Unterstützungen um 50 Prozent erhöht haben, desgleichen die Sozialdemokraten. Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei lehnten bei der Ausschussberatungen eine sachliche Mitarbeit ab. Sie enthielten sich der Stimme und verhielten sich wehren sozialdemokratischen und selbst einem kommunistischen Antrag zur Annahme. Es handelte sich um Anträge, die eine weitere Belastung der Wirtschaft darstellten.

Die Sozialdemokraten gingen im Laufe der Ausschussberatungen auf eine 30prozentige Erhöhung der Unterstützungen für die Hauptunterstützungsempfänger zurück, forderten aber weiterhin eine 20prozentige Erhöhung für die sogenannten zuschlagsberechtigten Familienangehörigen.

Im Ausschuss wurden diese sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge mit 10 Stimmen der Linken gegen 10 Stimmen der Regierungsparteien und 8 Stimmhaltungen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei und der Linken abgelehnt.

Die Verhandlungen im Plenum des Reichstages aber brachten ein ganz anderes Resultat. Die Sozialdemokraten und Kommunisten brachten ihre abgelehnten Ausschussanträge wieder ein. Die kommunistischen Anträge mit 50 Prozent Erhöhung fanden nur noch die Unterstützung der Kommunisten selbst. Der sozialdemokratische Antrag, der eine Erhöhung der Erwerbslosensätze um 30 Prozent und für zuschlagsberechtigte Familienangehörige um 20 Prozent vorsah, wurde jedoch mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten und der — Deutschnationalen und Völkischen angenommen.

„Hart an der Grenze des Defizits“

Der Anleihebedarf von 1 Milliarde Mark — Der Reichsfinanzminister über die ernste Lage der Reichsfinanzen — Die Not der Länder

Berlin, 10. November.

Die dieser Tage in den parlamentarischen Körperschaften erfolgte Feststellung, daß das Reich insgesamt nunmehr einem Anleihebedarf von nahezu einer Milliarde Goldmark gegenübersteht, hat vielfach überrascht. Dieser Bedarf setzt sich zusammen aus nicht weniger als 800 Millionen Reichsmark, die an Nachforderungen allein für die allgemeine Reichsverwaltung für das Rechnungsjahr 1926 gestellt werden. Dazu kommen 300 Millionen Mark, die schon gemäß früherer Beschlüsse des Reichstages in Anleihen übernommen werden sollten. Dabei sind aber nicht diejenigen Beträge einbezogen, die sich jetzt auf Grund der Neuregelung der Erwerbslosenfrage an Reichsausgaben ergeben.

Man ersieht daraus wie richtig die Einstellung war, als wir angesichts der vielfältigen optimistischen Reden des Reichsfinanzministers immer wieder unsere Bedenken über die tatsächliche Finanzlage des Reiches geltend machten. Verschiedene dieser Reden des Reichsfinanzministers haben den Eindruck erweckt, als könnten wir in diesem Jahre mit Ueberflüssen rechnen. Erst später wurde allmählich darauf vorbereitet, daß wir vielleicht gerade mit einem blauen Auge davonkommen, und nun stehen wir einem Anleihebedarf von nahezu 1000 Millionen Goldmark, also einer Milliarde Mark gegenüber.

Unter den Mehrausgaben erscheinen 60 Millionen Mark für Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge, und zwar ohne die neubewilligten Gelder, ferner 11 Millionen Mark für Post- und Kraftfahrwesen, 3 Millionen an Ausgaben für die am 1. April 1921 auf das Reich übernommene Wasserstraßen, 20 Millionen aus Anlaß der Abführung der Reichsanleihe des Reiches, 20 Millionen für polizeilichen Schutz, 10 1/2 Millionen für die Bedürfnisse des Ministeriums für die besetzten Gebiete und über 42 Millionen für das Reichsministerium des Innern. Davon sind allein 32 Millionen für besondere Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der östlichen Grenzgebiete Preußens neu eingesetzt. Die Notlage dieser Gebiete macht die sofortige Hergabe von Reichsmitteln für die bezweckten Ausgaben notwendig. 7 Millionen müßten neu aufbeworben werden zur Vinderung von Hochwasserständen im Sommer 1926. Diese Reichsbeträge sind auch nur als Vinderung der ersten dringenden Not anzusehen. Die Durchführung des Volkswirtschafts über die Entleerung der Fürstentümern kostete dem Reich 22 Millionen Mark. Die Mehrausgaben für das besetzte Gebiet setzen sich zusammen aus 5 Millionen für laufende Unterstützung der Krankenempfänger an der Saargrenze, 3 Millionen

zur Durchführung einer Kreditaktion für Landwirtschaft, Handwerk und Kleingewerbe im Saargrenzgebiet, eine Million für kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet, 1,5 Millionen als Abgeltung von Schäden und Hilfsmagnahmen in besonderen Notfällen.

Ueber die Art und Form der Deckung der Mehrausgaben sind Beschlüsse seitens der Reichsregierung noch nicht gefaßt. Es wird auch von dem Ergebnisse der Fühlungnahme mit den Parteien abhängen, ob und in welcher Form die Reichsregierung zur Durchführung einer inneren Reichsanleihe kommen wird, die sich aber nach Lage der Dinge kaum mehr vermeiden lassen dürfte.

In der gestrigen Reichstagsitzung eröffnete Reichsfinanzminister Dr. Reinhold die Beratung über den 800-Millionen-Nachtrags-Etat mit einer längeren Rede. Er schilderte die bekannten Abmachungen mit dem Reparationsagenten, durch die eine wesentliche Besserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Abkommen habe auch dem Reich besondere Ersparnisse gebracht. Durch diese und andere Ersparnisse sei ein Drittel der Mehrausgaben gedeckt worden. Weitere 90 Millionen des Mehraufwands seien durch Mehreinnahmen aus Steuern gedeckt worden. Obwohl im ersten Vierteljahr 1926 das Einkommen aus der Lohnsteuer zum ersten Male hinter dem Ertrage der übrigen freien Einkommensteuer zurückgeblieben ist, wird das Gesamteinkommen sämtlicher Steuerarten den Etats-Eintrag übersteigen, so daß es möglich sein wird, 90 Millionen Mark Mehraufkommen zur Deckung des vorliegenden Nachtragsplans heranzuziehen.

Das Reichsfinanzministerium sei ermächtigt, nunmehr eine Anleihe im Gesamtbetrag von 905 Millionen Mark einzunehmen. In dieser Summe sind auch die Ausgaben für den Kleinwohnungsbau und die Notstandsarbeiten bei der Reichswehr einbezogen. Das Reichsfinanzministerium werde aber jetzt noch nicht den Anleihemarkt in Anspruch nehmen, sondern den Zeitpunkt dafür sehr sorgsam auswählen. Auch von der Ermächtigung zur Lombardierung von Schatzwechseln sei noch kein Gebrauch gemacht worden.

Der Reichsfinanzminister schloß: „Trotz der Steuerermäßigungen haben wir eine Finanzgebahrung, die zwar hart die Grenze des Defizits streift, die sich aber doch durchaus in soliden Bahnen bewegt. Erster steht die Frage aus, wenn wir die Finanzen der Länder und Gemeinden betrachten. Wir wollen ihnen im Wege des Finanzausgleichs helfen und erwarten dann, daß sie die vielfach überspannten Realsteuern senken werden.“

Damit war vom Standpunkte der Regierungsparteien aus gesehen, die ganze Arbeit des Sozialpolitischen Ausschusses über den Haufen geworfen. Die weiteren Anträge des letztgenannten Ausschusses bedeuteten eine Erhöhung der Ausgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden, und es konnten deshalb die Regierungsparteien, nachdem der Antrag mit der 10- bzw. 15-prozentigen Erhöhung nicht mehr zur Abstimmung gelangen konnte, auch nicht mehr für die weiteren Ausschussanträge stimmen.

Das parlamentarische Durcheinander war wieder einmal groß. Im weiteren Gang der Sache hat sich dann folgendes ergeben: Hineingefallen sind zunächst die Sozialdemokraten, die nicht damit gerechnet haben, daß die Deutschnationalen für ihren Antrag stimmen und ihm zu einer Mehrheit verhelfen werden. Die Politik der Deutschnationalen ging in sachlich gerade nach der gegenteiligen Seite. Im ganzen Lande reden und schimpfen sie über die hohen Kosten der Erwerbslosenfürsorge, und im Reichstage stimmen sie dafür, daß mindestens 300 000 Erwerbslose solche hohe Unterstützungen erhalten sollen, daß die Unterstützungen selber die Löhne nicht nur erreichen, sondern sogar vielfach auch noch überschreiten, das heißt also, höher als die eigentlichen Löhne werden.

Daß eine so große Partei, wie die Deutschnationale Volkspartei sie darstellt, eine derartig unsachliche Politik machen werde, konnten die Sozialdemokraten nicht erwarten. Sie sind deshalb mit ihrem Agitationsantrag, den sie gar nicht durchbringen wollten, weil sie wußten, daß er für den Staat untragbar ist, und den sie nur gestellt haben, um die Massen draußen gegenüber der kommunistischen Agitation zu beschwichtigen, glatt hereinzufallen.

Dasselbe gilt aber auch für die Deutschnationalen. Diese haben für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt in der Annahme, daß geschäftsordnungsmäßig noch eine Schlußabstimmung möglich sei, in der sie dann gegen die ganze Neuregelung stimmen wollten. Sie haben übersehen, daß es sich nicht um eine Regierungsvorlage, sondern um Anträge der Parteien aus dem Ausschuss handelte und daß demzufolge eine Schlußabstimmung geschäftsordnungsmäßig gar nicht möglich ist.

So wird im deutschen Reichstag von Links und Rechts Politik gemacht! Das Ganze ist ein Sohn auf jede sachliche, verantwortungsbewußte parlamentarische Arbeit!

Was tut nun die Regierung? Schon nach Annahme des sozialdemokratischen Antrages im Plenum erklär-

Dresdner Börse
Kursen für 100 Mark Nennwert
Deutsche Staatspapiere
Merkwürdige Aktien

Eisenbahn- und Transport-Aktien
Bank-Aktien
Papier-, Papierfabrik- u. Photoq.-Aktien

Porzellan-, Ofen-, Scham- und Glasfabrik-Aktien
Maschinenfabrik- u. Metall-Industrie-Aktien

Währ. Internationales
Rhein- u. Fahrrad-Ind.-H.

Verkehrsbetriebe
Eisenbahn-Gesellschaften

Verkehrsbetriebe
Eisenbahn-Gesellschaften

Verein kathol. erwerbstätiger Frauen und Mädchen, Dresden
Sonnabend, den 14. November, im großen Saal des katholischen Seelenhauses, Rauscherstraße 4.

20. Stiftungsfest
Festrede: Monsignore Parrer Fehrer
Theater! Thema: Das Brautjungferstübchen
Sierauf großer Ball
Eintritt einchl. Steuer 0,50 Mark

Montag, den 15. November, abds. 8 Uhr
Öffentliches Vortragen
VORTRAG
Dr. Karl Sonnenschein, Berlin
„Der deutsche Akademiker und die katholische Kirche“

Stadtgemeinde Schirgiswalde
Steuervertermine im Monat November 1926
1. 11. 1926 Kirchensteuer 2. Termin 1926

Stadtverordnetenwahl
Nachdem der Wahlausschuss in der Sitzung am 29. Oktober 1926 die nachstehenden aufgestellten Wahlloorte genehmigt hat...

- 1. Liste der Zentrumspartei (Christliche Volkspartei)
1. Kurze, Paul, Kirchschneiderei, 73 C, 2. Günzel, Benno, Expedient, 116 D, 3. Berger, Reinhold, 205 E, 4. Rehock, Nikolaus, Oberpostkassierer, 101, 5. Töppel, Paul, Fabrikarbeiter, 205, 6. Grotzmann, Josef, Landwirt, 40, 7. Wenzel, Adolf, Fabrikarbeiter, 107, 8. Effenberger, Leopold, Uhrmachermeister, 281, 9. Ringberg, Josef, Zimmermann, 314 C, 10. Metzjahn, Johann, Wirt, 104, 11. Garing, Kurt, Bauarbeiter, 105 B, 12. Seife, Josef, Hausbesitzer, 207, 2, 13. Wenzel, Josef, Fabrikarbeiter, 238.

3. Liste der Sozialdemokratischen Partei
1. Riede, Emil, Oberjustizsekretär, 105 E, 2. Lehmann, Max, Barenarbeiter, 207 C, 3. Reinisch, Josef, Bauarbeiter, 207 B, 4. Junge, Alfred, Lehrer, 207 G.

4. Liste Kirchen-Fürsler
1. Kirten, Max, Bezirkschornsteinfegermeister, 100 B, 2. Förster, August, Eisenbahn-Affizist, 205, 3. Klotz, Louis, Fabrikarbeiter, 115 A, 4. Seiffert, Bertha, verw. Fabrikarbeiterin, 100 G.

5. Liste der Christlich-Sozialen Reichspartei
1. Röhrer, Martin, Eisenbahnarbeiter, 1 D, 2. Jung, Johann, Fabrikarbeiter, 107, 3. Wagner, Josef, Fabrikarbeiter, 100 C, 4. Thomas, Joachim, Fabrikarbeiter, 251, 5. Töppel, Richard, Tischler, 204 B, 6. Kretschmer, Josef, Weber, 190, 7. Schichtl, Paul, Gemeindeführer, 204 D, 8. Jung, Karl, Fabrikarbeiter, 207 G, 9. Pietzschmann, August, Fabrikarbeiter, 115 B, 10. Bernsd, Franz, Fabrikarbeiter, 218 C, 11. Töppel, Max, Fabrikarbeiter, 90.

Wie schon erwähnt, sind somit die Wahlloorte 1, 2 und 4 miteinander verbunden worden. Des weiteren wird den Wahlberechtigten der Stadt Schirgiswalde zur Kenntnis gebracht, daß der 1. Wahlbezirk die Ortsteile 1 bis 141 und 208 bis 300 umfaßt, während der 2. Wahlbezirk die Ortsteile 142 bis 207 umfaßt.

Die Wahl findet am Sonntag, den 14. November 1926 statt; sie beginnt vorm. 9 Uhr und wird nachm. 6 Uhr geschlossen. Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt worden, enthalten außer dem Kennwort die Namen der ersten vier Bewerber jeden Wahlbezirks sowie die Bezeichnung der Wahlloorte und werden am Wahltag im Wahlraum den Wahlberechtigten ausgehändigt.

Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt worden, enthalten außer dem Kennwort die Namen der ersten vier Bewerber jeden Wahlbezirks sowie die Bezeichnung der Wahlloorte und werden am Wahltag im Wahlraum den Wahlberechtigten ausgehändigt. Der Wähler hat bei der Wahl durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich zu machen, welchem Wahlloort er seine Stimme geben will, und ist sein Wahlrecht durch Abgabe des Stimmzettels in einem amtlich gestempelten Umschlag aus.

Städt. Pelz-Mäntel-Jacken
gute Kürschnerarbeit zu vorteilhaften Preisen
Pelzgeschäft Triebler
Dresden
Viktoriastraße 4, Ecke Waisenhausstraße

Heirat
Kennen zu lernen.
Werte Angebote mit Bild
erhalten unter V C 254 an die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung.

herzerfreuend
Kathreiners
Malzkaffee
Durch unsere einzig facherefahren
Vorarbeitung auserwählter Frucht wird im „echten Kathreiner“ die natürliche
Urkraft des Malzes voll erschlossen.
Fördern Sie Ihr Wohlbefinden. Trinken Sie täglich den „echten Kathreiner“.
Ein Pfundpaket kostet nur 50 Pfennig.

Saubere Mädchen,
das auch gut Kochen kann
und beste Jungfrau besitzt,
in gut bezahlt. Dauerstellung
gekauft.

Zahnarzt Deumelburg,
Dresden,
Hauptstraße 78 I.

Lehrmädchen
für Buchdruckerei- und
Zeilungsarbeiten
für sofort gesucht.

Kathol. Personal
erhält man sofort nur ein
mal in der
Sächsischen Volkszeitung

Schulspielhaus
Donnerstag
Per Revisor (1/8)
Rein öffentl. Kartenverkauf

Albert-Theater
Donnerstag
Flachmann als Erzieher (1/8)
B. u. B. Nr. 1, 201-205
B. u. B. Nr. 2, 251-300

Regina-Palast
Donnerstag
Das große Programm
Täglich 4-Uhr-100
bei freiem Eintritt

Junge Leute all. Berufe,
die zur See fahren wollen,
erhalten freies reelles Brot
und Ausstufung geg. 1919.
Nur schriftlich.
Muskantelstraße 222
Saxna, Hamburg 19.

Ordentl. älteres Mädchen
in kinderlosen Haushalt zum sofortigen Eintritt gesucht.
Angenehme Stellung. Gute bezahlte Wohnung.
Frau Fabrikdirektor Figura, Frankenberg i. Sa.

Stellmacherei,
seit 40 Jahren bestehend,
infolge Todesfall
sollte zu verpachten.
Holzager und Werkzeug
vorhanden.
Martha Wolff, Ofritz
in Sa. 681iger Str. 126.

Die Komödie
Donnerstag
Der Garten Eden (1/8)
Freitag
Ueberrahrt (1/8)

Kleiders-Theater
Neu- und folgende Tage
Ich hab dich lieb! (1/8)

Central-Theater
Neu- und folgende Tage
Jugend im Mai (1/8)

Amians Chalin-Theater
Neu- und folgende Tage
Paul Beckers in
Heinrich verweist (8)

Theater am Waldplatz
Neu- und folgende Tage
Ruhes?? Der Me sterlich
(8 1/2)

Regina-Palast
Donnerstag
Das große Programm
Täglich 4-Uhr-100
bei freiem Eintritt

Junge Leute all. Berufe,
die zur See fahren wollen,
erhalten freies reelles Brot
und Ausstufung geg. 1919.
Nur schriftlich.
Muskantelstraße 222
Saxna, Hamburg 19.